

Benno Parthier und Sybille Gerstengarbe

Akademien als Orte gesamtdeutscher Wissenschaftsbeziehungen

Das Beispiel Leopoldina

1. Stellung der Leopoldina im kulturpolitisch-wissenschaftlichen Umfeld der DDR

Obleich es zu den frühen Bestrebungen der DDR-Regierungen in der Deutschlandpolitik gehörte, das Wort *deutsch* von öffentlichen Einrichtungen weitgehend zu eliminieren und durch *DDR* zu ersetzen, blieb die *Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina* (im folgenden stets in der Kurzform *Leopoldina* genannt) davon verschont – auch nachdem die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1972 in Akademie der Wissenschaften der DDR umbenannt worden war. Man kann daraus ableiten, daß die Machthaber Ostdeutschlands zur politischen Differenzierung bereit waren.

Man würde wissenschaftshistorisch unzulässig pauschalisieren, wenn man die Kulturpolitik der DDR – und die Leopoldina war in diese Kategorie eingeordnet – lediglich als undifferenziert und klassenmäßig-ideologisch ausgerichtet ablegte; vielmehr lassen sich Phasen mit jeweils spezifischen Ausformungen erkennen. Genauso wie die allgemeine Politik in der DDR, so ist auch die Kulturpolitik unter Honecker und Hager von jener in der Ära von Ulbricht und Abusch zu unterscheiden. Letztere stellten primär die Frage des gesellschaftlichen Klassenkampfes nicht nur in der Kunst (*Bitterfelder Weg, sozialistischer Realismus*), sondern auch in Bildung und Wissenschaft (*sozialistische Forschungsformen, Reinigung der Wissenschaft von bürgerlichen Ideen*). In den siebziger Jahren, also unter Honecker, galt die internationale Anerkennung des scheinbar gefestigten DDR-Staates als wichtigstes Ziel, dem alles untergeordnet wurde. Künstler wie Werner Tübke oder Wolfgang Matheuer, die ideologisch unangepaßt waren, erhielten nicht nur staatliche Aufträge, sondern erfreuten sich auch einer großen ideellen und physischen Bewegungsfreiheit. Ähnlich sahen es angesehene Wissenschaftler, die den Vers von Erich Kästner „Wir sitzen alle im gleichen Zug, und viele im falschen Coupé“ umformulierten zur Aussage: „Wenn ich schon im falschen Zuge sitze, will ich wenigstens Erster Klasse reisen.“¹

¹ Unter Akademikern in der DDR oft benutztes Bonmot.

Auch die Leopoldina, als nichtstaatliche Einrichtung die einzige Bastion einer politisch unabhängigen Wissenschaftsinstitution in der DDR, wollte und sollte im ostdeutschen Staate eine Funktion erfüllen und durfte dafür in der Zweiten Klasse mitfahren. Daß es eine Reise mit kleinen Freiheiten und Möglichkeiten war, lag an einigen historisch gewachsenen spezifischen Unterschieden zu den anderen Akademien in der DDR:

1. Die Leopoldina wurde 1652 in der Freien Reichsstadt Schweinfurt von Ärzten gegründet als *Academia naturae curiosorum* und blieb eine unabhängige, übernationale Gelehrten-gesellschaft von Naturforschern und Ärzten. 1687 durch kaiserliche Privilegierung in die Rolle einer *Reichsakademie* erhoben, verlor sie diese spätestens 1806 wieder mit der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Es fehlten ihr sowohl die typische Klassenstruktur, die die anderen Akademien kennzeichnete, als auch solche geisteswissenschaftliche oder – wie es in der DDR hieß – gesellschaftswissenschaftliche Mitglieder, die die Leopoldina ideologisch unterwandert oder sie gar zur Implosion gebracht hätten.

2. Die Leopoldina wurde vom DDR-Staat aus seiner Wissenschafts- und Forschungspolitik ausgeklammert. Wissenschaftspolitik wurde in erster Linie an der im Sinne der SED geführten und kontrollierten Akademie der Wissenschaften gemacht; das (natürlich ebenfalls von dieser Partei beherrschte) Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) beanspruchte die Bildungspolitik für sich. Diesem Ministerium bzw. zunächst dem zuständigen Staatssekretariat war die Leopoldina seit ihrer offiziellen Wiederzulassung im Jahre 1952 unterstellt worden, was sich zunächst nur in der Übernahme des Haushaltes (Personalkosten für die wenigen Mitarbeiter) sowie der Druckkosten für die Leopoldina-Schriften äußerte; 1955 z. B. betrug der Etat 60.000 Mark,² 1985 das Zehnfache.

3. Die Internationalität der Leopoldina lag und liegt in ihrer Mitgliederstruktur; etwa ein Drittel der fast 1000 Mitglieder entstammte fremdsprachigen Ländern. 1954 hatte die Leopoldina nur 642 Mitglieder, davon waren 416 (ca. zwei Drittel) deutsche Mitglieder, von denen 13 in der NS-Zeit emigriert waren. Bis 1974 wurden 1017 Mitglieder zugewählt, davon waren 512 ausländische und 505 deutsche Mitglieder. Unter den zugewählten Mitgliedern waren 23 Frauen (2,2 Prozent).³

Die Mitgliederzuwahlen zeigen deutlich den gesamtdeutschen Charakter der Akademie. Weniger als ein Drittel (154) der deutschen Mitglieder lebten zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme in der DDR. Über die Hälfte der zugewählten Mitglieder kam aus dem Ausland, davon lebten 156, also weniger als 30 Prozent, in den sozialistischen Ländern. Von den Ländern der westlichen Welt kamen etwa ebenso viele Mitglieder aus den beiden deutschsprachigen Stammländern Österreich und der Schweiz wie aus den USA.

Der demokratisch und geheim gewählte Senat der Akademie, der aus *Adjunkten* (das sind die gewählten Sprecher der regionalen Einheiten in den deutschsprachigen drei Stammländern der Akademie) und aus *Obleuten* (Sprechern) für die jeweiligen Fachsektionen be-

² HAL, Protokollhefter VIII, Protokoll der Präsidiumssitzung vom 19. Oktober 1967.

³ HAL, Matrikelunterlagen.

stand und besteht, hatte mehr als zwei Drittel *Senatoren* aus der Bundesrepublik Deutschland.

Aus diesem Grunde wurde die Leopoldina nicht ein einziges Mal zu einem wissenschaftspolitischen oder wissenschaftsberatenden Gutachten gebeten oder zu entsprechenden Entscheidungsfindungen des zuständigen Ministeriums oder der Berliner Akademie der Wissenschaften herangezogen. Dagegen wurde in den meisten Gesprächen zwischen dem jeweiligen Präsidenten und hochrangigen DDR-Politikern (die entsprechenden Minister für das Hoch- und Fachschulwesen, die Vertreter der Partei, hier in der Regel Kurt Hager) sehr wohl über die Wissenschaftsstrategie der DDR gesprochen. Störend empfand das Ministerium den Sitz eines sogenannten auswärtigen (westdeutschen) Vizepräsidenten im Präsidium. Die Amtsinhaber waren durchweg hochangesehene Wissenschaftler, z. B. die Nobelpreisträger Adolf Butenandt⁴ und Feodor Lynen⁵.

4. Die Leopoldina besaß in der DDR-Zeit kein offiziell anerkanntes Statut. Sie hatte den Abschluß einer Satzung unter staatlicher Kontrolle trotz fortwährenden Drängens durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen geschickt zu verhindern gewußt, obwohl Präsidium und Senat in mühseliger Kleinarbeit durch die Jahre an der Aktualisierung einer Satzung und Geschäftsordnung gefeilt hatten. Da im Senat die westdeutschen Mitglieder die Mehrheit hatten, konnte die Staatsmacht keine massiven Statutenänderungen in ihrem Sinne erzwingen. Juristisch blieb die Leopoldina daher eine *rechtsfreie Anomalie*, bezeichnete sich selbst als eine *freie Korporation von Gelehrten*.

5. Es gab keine SED-Parteilinie in der Leopoldina, wie es sonst in allen DDR-Institutionen üblich war. Im Gegensatz zu den Verhältnissen bei der Berliner und bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften wurden in der Leopoldina die Mitglieder geheim und ohne vorherige oder nachträgliche Genehmigung durch Regierungsstellen gewählt. Dank einer zwar umständlichen, aber wirkungsvoll selektierenden Auswahlprozedur gab es keine externen Gremien, die bei den Wahlen eine Kontrolle über das Präsidium ausübten. Alle Wahlen von Senatoren und präsidialen Amtsträgern waren Leopoldina-interne Angelegenheiten, und kein Gefolgsmann der Staatspartei konnte in das Präsidium eingeschleust werden. Deshalb überrascht es nicht, daß SED-Leitungen das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beauftragten, sich intensiv mit der Leopoldina zu beschäftigen. So wurde von 1958 bis 1969 ein *Operativer Vorgang* mit dem bezeichnenden Code-Wort *Komet* angelegt.⁶ Da die Leopoldina dem Ministerium für Staatssicherheit als eine Einrichtung galt, von der *feindlich-negative* Aktivitäten ausgingen, wurde sie mit konspirativen Methoden überwacht.

⁴ Adolf Friedrich Johann Butenandt (1903–1995). Biochemiker, Leopoldinamitglied seit 1934, Vizepräsident der Leopoldina 1955–1960, Ehrenmitglied 1960.

⁵ Feodor Felix Konrad Lynen (1911–1979). Biochemiker, Leopoldinamitglied seit 1959, Vizepräsident der Leopoldina 1971–1979.

⁶ Macrakis deutet die Wahl des Namens *Komet* durch das MfS als Symbol für einen Fremdkörper auf einer exzentrischen Bahn – doch das ist reine Vermutung. Vgl. Macrakis, „Einheit der Wissenschaft“, S. 161.

Die Leopoldina erschien in den nicht immer durchsichtigen Gewässern der DDR-Wissenschaftspolitik wie ein exotischer kleiner Fisch im Vergleich zur Größe der Staatsakademie in Berlin. Es stellen sich somit Fragen wie: Konnte die Leopoldina ihre politische Unabhängigkeit bewahren? Wie hoch war der Grad ihrer Anpassung? Welche Methoden hat sie angewendet, sich anzupassen, ohne ihr Gesicht zu verlieren? War sie geistige Plattform für Mitglieder, die aus moralisch-ethischer Überzeugung aktiven Widerstand gegen die Staatsmacht leisteten? Stellte der Mauerbau 1961 eine Zäsur dar? Welche strategisch-taktischen Möglichkeiten und welche Erkenntnisse aus der Zeit der DDR kamen der wiedervereinigten deutschen Wissenschaft zugute?

Wissenschaftshistoriker, die sich mit der Lage der deutschen Wissenschaft in der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigen, haben die Akademien als Vertreter eines „angepassten Überlebens“ in der Diktatur eingeordnet⁷; auch die Leopoldina gehörte damals dazu. Wie unterschied sich davon ihr Verhalten in der zweiten Diktatur, der DDR?

Es gab einen wesentlichen Unterschied zum Dritten Reich. Die politische Einstellung zum nationalsozialistischen Staat war bei den Präsidiumsmitgliedern differenziert und reichte von aktiver Unterstützung der NSDAP-Linie (z. B. Vizepräsident Johannes Weigelt⁸, Mitglied der NSDAP seit 1933, war während des Dritten Reiches lange Rektor der Halleschen Universität) bis zu stillem Widerstand.⁹ In der DDR-Zeit dagegen war die Stellung der Präsidiumsmitglieder zum DDR-Staat einheitlich, nämlich kritisch-distanziert. Ferner hatte die SED kaum eine Chance, auf die Leopoldina-Politik aktiv einzuwirken. In einer Einschätzung der Leopoldina durch das MfS kann man z. B. lesen: „Die geringe Zahl von Genossen unter den Mitgliedern macht es kaum möglich, eine Änderung der Aufgaben und Tätigkeit der Leopoldina herbeizuführen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Nichtmitgliedschaft in der SED eine Vorbedingung für die Aufnahme in die Leopoldina ist.“¹⁰ Ganz so SED-frei blieb die Akademie allerdings nicht, denn 1989 waren von den 146 auf dem Territorium der DDR ansässigen Leopoldinern 21 zugleich Mitglieder der SED.

Die Leopoldina war nach der Aufteilung Deutschlands durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs quasi zufällig in die sowjetische Besatzungszone und damit in den politisch-ideologischen Einflußbereich des Kommunismus geraten. 1949 war mit der Gründung der DDR ein sozialistischer Staat entstanden, der bald daran ging, die Spaltung Deutschlands mit allen Mitteln zu zementieren. Die *de facto*, aber noch nicht wieder *de jure*

⁷ Vgl. Seidler, „Akademische Elite“.

⁸ Theodor Gustav Otto Johannes Weigelt (1890–1948). Geologe, Leopoldinamitglied seit 1926, Vizepräsident der Leopoldina 1932–1942.

⁹ Vgl. hierzu Gerstengarbe/Hallmann/Berg, „Leopoldina im Dritten Reich“.

¹⁰ Kurzinformation über die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle, Ms. der Abt. XX/8 der Bezirksverwaltung Halle des MfS vom 28. September 1982. (Der Generalsekretär der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Günther Rienäcker, wurde 1959 als erstes SED-Mitglied in die Leopoldina aufgenommen, dies wurde beim MfS mit Genugtuung vermerkt.) Vgl. BStU, BV Halle, MfS, HA XX/8.

existierende Leopoldina mußte sich unter den neuen Verhältnissen zurechtfinden.¹¹ Zwischenzeitlich waren ihr verschiedene Existenzmöglichkeiten angeboten worden, die der amtierende Vizepräsident Otto Schlüter¹² jedoch alle ablehnte:

- Einverleibung in die seit 1946 nach sowjetischem Vorbild eingerichtete Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (die 1972 in Akademie der Wissenschaften der DDR umbenannt wurde);
- Fusion mit der Sächsischen Akademie der Wissenschaften (die später strukturell und finanziell der Berliner Akademie angeglichen wurde, z. B. wurde der Präsident der Sächsischen Akademie auch ein Vizepräsident der Berliner Akademie);
- Aufnahme als besonderes Institut in die Hallesche Universität;
- Verschmelzung mit der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft zur *Halleschen Vereinigung Gelehrter Gesellschaften*;
- Übernahme durch den sehr bald von der SED beherrschten Kulturbund.

1952, anlässlich des 300. Jahrestages ihrer Gründung, wurde die Leopoldina nach längeren Verhandlungen mit dem Staatssekretariat für das Hochschulwesen der DDR in einer Feierstunde offiziell reaktiviert und vom Staat auch *de jure* anerkannt. Vorausgegangen waren Überlegungen zwischen Staatssekretär Dr. Gerhard Harig (Berlin) und Prorektor Prof. Leo Stern, Universität Halle, in die durch letzteren auch Schlüter eingebunden wurde, die schließlich in einer Besprechung mit den Halleschen Leopoldinamitgliedern am 21. November 1951 in folgenden Ergebnissen mündeten: Harig sagte, daß bei der Entwicklung der Wissenschaft in Deutschland Akademien besondere Bedeutung gewinnen, also eine Neubelebung der Leopoldina von der Regierung der DDR begrüßt würde. Das bevorstehende Jubiläum (300 Jahre nach Gründung der Akademie) biete tieferen Anlaß dazu, aber die Leopoldina solle über diesen Anlaß hinaus fortwirkende Aktivität in der Pflege des Kulturerbes, der Wissenschaftsgeschichte und der Wissenschaftsverbreitung entfalten. Sie könne sich aufgrund des Statutes von 1944 neu konstituieren; die Regierung würde sie finanzieren. Stern wies zusätzlich auf die große historische Bedeutung der Leopoldina als Symbol der Einheit Deutschlands in der Verkörperung einer Gelehrten-gesellschaft hin.¹³

¹¹ Vgl. Gerstengarbe, „Plötzlich mußte ich Geschäfte übernehmen“, S. 442ff.

¹² Otto Louis Karl Schlüter (1872–1959). Geograph, Leopoldinamitglied seit 1923, Vizepräsident der Leopoldina 1942–1952, Präsident der Leopoldina 1952–1953.

¹³ HAL, Protokollbuch XXVIII, Sitzungsprotokoll vom 21. November 1951.

2. Ziele und Wege der Akademie, Strategie und Taktik ihrer Verantwortungsträger

Mit dem 1954 gewählten Präsidenten Kurt Mothes¹⁴ erhielt die Leopoldina einen Ideengeber und einen durchsetzungsbereiten Chef, der den Anspruch der Leopoldina bereits bei seinem Amtsantritt in der Inauguraladresse folgendermaßen formulierte: „Unsere Akademie ist eine gesamtdeutsche Einrichtung.“¹⁵ In den für die Mitglieder der Leopoldina bestimmten Leitlinien hieß es: „Sie [die Leopoldina] war schon in ihren ersten Jahrzehnten nicht eine Akademie deutscher Naturforscher, sondern eine Deutsche Akademie der Naturforscher. [...] Das Schicksal Deutschlands ist das Schicksal unserer Akademie. [...] Ich habe die Mitglieder nachdrücklichst gebeten, alles in ihren Kräften Liegende tun zu wollen, um wenigstens im Bereiche der Wissenschaft den starken zentrifugalen Kräften entgegenzuwirken und eine Einheit der deutschen Wissenschaft nach innen und außen zu bewahren.“¹⁶

Bereits zuvor hatte Mothes diesen Gedanken spezifiziert: „Die Leopoldina hat sich nie zu einer Länderakademie herabdrücken lassen. Sie war sich ihrer deutschen Aufgabe bewußt. [...] Wenn jene Männer in Schweinfurt den Mut hatten, gegen alle Egoismen ihrer Zeit eine Akademie mit großen humanistischen und nationalen Aufgaben zu schaffen, sollten wir heute nicht zurückstehen, unsere Aufgaben zu erfüllen: Zu einem starken Block zu werden gegen alle Versuche, unser Volk ewig zu teilen.“¹⁷ Mothes sagte dies 1955, zu einem Zeitpunkt, als die DDR-Regierung von ihrer bis dahin proklamierten Politik *Deutsche an einen Tisch* abzurücken begann, um eine Konfrontationspolitik gegen die Bundesrepublik Deutschland einzuleiten.

Ulbrichts scharfer Kurs eines beschleunigten Aufbaues des Sozialismus wurde in den fünfziger Jahren in allen Bereichen durchgesetzt. Die Leopoldina wurde nun wegen der Überzahl an westdeutschen Mitgliedern als westlich orientiert und damit antisozialistisch eingeordnet. Mothes versuchte, diesen Eindruck durch verstärkte Zuwahl nichtdeutscher Mitglieder einerseits und durch die Einbeziehung osteuropäischer Redner in die Veranstaltungen der Leopoldina andererseits zu neutralisieren. Man kann ihm wohl solche taktischen Erwägungen unterstellen, als er im November 1955 an das Moskauer Mitglied und Fachkollegen Andrej Kursanov¹⁸ schrieb: „Im Bestand der ausländischen Mitglieder unserer Akademie ist die Sowjetunion zahlenmäßig sehr schwach vertreten. Das hängt damit zusammen, daß die Akademie nach 1933 keine Möglichkeit besaß, sowjetische Gelehrte

¹⁴ Kurt Albin Mothes (1900–1983). Biochemiker, Pflanzenphysiologe, Leopoldinamitglied seit 1940, Präsident der Leopoldina 1954–1974.

¹⁵ Mothes, „Zum Geleit“, S. 3.

¹⁶ Mothes, „Rede anlässlich der Jahresversammlung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina am 10. Mai 1959“, S. 14.

¹⁷ Mothes, „Über die Lage der Wissenschaft“, S. 433.

¹⁸ Andrej L'vovič Kursanov (1902–1999). Botaniker, Pflanzenphysiologe, Leopoldinamitglied seit 1955.

aufzunehmen. [...] Ich halte es für eine wichtige Aufgabe, diesem Mangel abzuhelpfen. Der Senat unserer Akademie, der einen gesamtdeutschen Charakter hat, ist der gleichen Meinung wie ich, so daß wir nun daran gehen können, alte Beziehungen unserer Akademie nach Rußland hin wieder fester zu gestalten.¹⁹

Damit wollte die Leopoldina auch ihren guten Willen gegenüber der DDR-Regierung dokumentieren, der Sowjetunion in der Akademie ein deutliches Mitgliedergewicht einzuräumen. Ähnliche Schreiben wurden an Mitglieder in anderen osteuropäischen Ländern verschickt, um die Internationalisierung der Akademie nach Ost und West deutlich zu machen. Auf diese Weise schuf Mothes weiteren Freiraum für sein gesamtdeutsches Engagement.²⁰

Zum ersten ernsten Konflikt bzw. Kräfteressen zwischen dem Leopoldina-Präsidium und der Staatsmacht kam es im November 1955 bei Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär für das Hochschulwesen, Gerhard Harig, und seinem Stellvertreter, Franz Dahlem, einerseits und Mothes andererseits über die bevorstehende erste gesamtdeutsche Jahresversammlung in Halle.

Es war ein massiver Versuch der Regierung, die Leopoldina für ihre Ziele einzubinden. Streitpunkt war der Empfang des Präsidenten zur Jahresversammlung. Mothes wollte den Empfang im intimen Rahmen einer Begegnung der Mitglieder, die auch das Geld dafür gespendet hatten, sehen. Der Staatssekretär erwartete jedoch, unter Hinweis auf 10.000 Mark Regierungszuwendung, daß die Regierung und die Akademie das Bankett gemeinsam veranstalten sollten. Hier sei ein Ausschnitt aus Mothes' Aktennotiz der Aussprache am 4. November 1955 eingefügt:

„Im 2. Teil der Aussprache kam der Staatssekretär auf das geplante Bankett zu sprechen und bat mich erst freundlich dann in immer dringenderer Form, den angekündigten Empfang des Präsidenten zu einem Bankett umzugestalten, zu dem der Staatssekretär und der Präsident einladen würden. Ich habe hiergegen alle Bedenken geltend gemacht und habe vor allem gesagt, daß eine solche Veranstaltung diskutabel gewesen wäre, wenn sie rechtzeitig vorbereitet worden wäre. Nachdem aber das Geld für den Empfang des Präsidenten gesammelt wurde und der Präsident dazu eingeladen habe und bereits Teilnehmerkarten dazu verschickt worden seien, hielt ich eine Änderung für wenig zweckmäßig. Ich halte sie auch deswegen nicht für angebracht, weil wir gerade den Eindruck erwecken wollen, daß unsere Akademie eine selbständige und freie Einrichtung ist, von der Regierung gefördert, aber nicht ein Anhängsel der Regierung. Dies würde nur von Nutzen für die DDR sein. Eine plötzliche Änderung des Empfanges würde dies Bild sehr stören. Der Staatssekretär machte mir gegenüber zunehmend verletzendende Bemerkungen, z. B. daß ich nur Angst vor der westlichen Presse hätte und ähnliche unmotiviert Bemerkungen. Er hat mehrfach betont, daß er immer noch nicht meine Gründe begreifen könne und daß, wenn man einen guten Willen habe, man seinen Vorschlag leicht akzeptieren könne. Ich machte darauf aufmerksam, daß die Deutsche Akademie der Wissenschaften und die Deutsche Akademie der Land-

¹⁹ HAL, NL Mothes, Brief vom 5. November 1955.

²⁰ Vgl. Parthier, *Leopoldina*, S. 76ff.

wirtschaftswissenschaften ebenfalls einen Empfang nur durch ihren Präsidenten durchgeführt hätten, und um meinen guten Willen zu unterstreichen, stellte ich dem Staatssekretär anheim, zu einem zweiten Empfang einzuladen, wozu eines der beiden Mittagessen in Frage käme und das 2. Mittagessen, da nachmittags nichts wesentliches mehr geplant sei, beliebig lange dazu ausgedehnt werden könne. Der Staatssekretär schlug aber diesen meinen Vermittlungsversuch rundweg ab. Nachdem ich mich einer solchen Starrheit gegenüber sah, konnte ich nur erklären, daß ich mich nicht anders entscheiden könne, daß ich aber sofort nach Halle zurückkehren würde, um die beiden Vizepräsidenten zu befragen. Darauf sagte der Staatssekretär wörtlich: ‚Sie sind also gegen einen Empfang durch unsere Regierung, folglich sind Sie ein Gegener [sic] unserer Regierung.‘ Völlig überrascht von diesem der Form und dem Inhalt nach ungewöhnlichen Angriff auf meine Person und erschüttert von dieser Verletzung der Würde meines Amtes sprang ich auf und wollte unter Protest gegen diese Bemerkung sofort den Raum verlassen. Man hielt mich zurück. Der Staatssekretär entschuldigte die überspitzte Bemerkung. Ich sagte, daß es mir auf die Formulierung im einzelnen nicht ankomme, daß ich aber befürchten müsse, daß der Staatssekretär im Affekt seinen echten Gefühlen mir gegenüber Ausdruck verliehen hätte. Ich hatte bisher freundschaftlichst mit ihm zusammengearbeitet trotz mancher gegensätzlicher Auffassungen in Fragen der Universitätspolitik, ihn menschlich immer geschätzt und keinen Zweifel darüber gelassen. Ich war nach dieser Bemerkung aber nicht mehr in der Lage, Entschlüsse zu fassen, da sie mißdeutet werden könnten. Man hatte mir während der Aussprache schon mehrfach das Wort im Mund herumgedreht. Ich sagte, ich würde nach Halle zurückkehren und das Präsidium um weitere Entscheidungen bitten.²¹

Das Protokoll macht die Atmosphäre der Begegnung, so wie Mothes sie empfunden hat, sehr deutlich. Das Ende des diplomatischen Tauziehens ist dem Programm der Jahresversammlung²² zu entnehmen: der Empfang fand auf Einladung des Präsidiums statt.

Nur summarisch sei hier genannt, was fortan die DDR-Regierung durch das Staatssekretariat bzw. Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen im Verein mit dem MfS versuchte, um die Leopoldina an die politisch-ideologische Leine zu nehmen: eine Politik der Nadelstiche, Einreiseverweigerungen, Ausreisebegrenzungen, Postkontrolle²³, Statutenfrage, Finanzierungsschranken, Mitgliederbeeinflussung, Denunziationen ihrer Leitungspersonlichkeit u. a. m. Die Machthaber gingen zügig daran, Wissenschaft und Politik zusammenzuschließen. Nichts anderes stellten Hochschulreformen und die Akademiereform dar, die am Ende der sechziger Jahre in der DDR durchgeführt wurden und die Leopoldina nur mittelbar betrafen.

²¹ HAL, Präsidialsitzung vom 5. November 1955: Bericht des Präsidenten über Verhandlungen mit dem Staatssekretariat für Hochschulwesen in Angelegenheit der Jahres-Tagung 1955.

²² HAL, Protokollbuch XXVIII.

²³ Die postalisch abgewickelte Korrespondenz der Leopoldina bzw. von Kurt Mothes scheint lückenlos geöffnet und kontrolliert und dabei gelegentlich vertauscht worden zu sein. In solcher Situation hat Kurt Mothes ironisch protestiert: „Alle Briefkontrollen im Dienste der Staatssicherheit in vorzüglichster Hochachtung, aber das Verstecken von Postsendungen in fremden Kuverts sollte doch vermieden werden.“ BStU Archiv OV Nr. 1329/60, Band XVII, Bl. 87.

Diese war, wie schon erwähnt, aus verschiedenen Gründen nicht vergleichbar mit der Akademie der Wissenschaften in Berlin oder der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, und offiziell wurde sie auch anders behandelt. Die beiden Leopoldina-Präsidenten in der DDR-Zeit, Kurt Mothes und Heinz Bethge²⁴, haben gemeinsam mit den anderen Präsidiumsmitgliedern in wesensbedingt unterschiedlicher Weise, aber mit analogen Zielen und Erfolgen, die engen Freiräume der Akademie als Chance erkannt, um im Verein mit den jeweiligen auswärtigen Vizepräsidenten und Senatoren den gesamtdeutschen Gedanken als Klammer zwischen den Leopoldinern in Ost und West in praktische Wissenschaftspolitik umzusetzen. Dazu gehörten die in regelmäßigen Abständen durchgeführten wissenschaftlichen Symposien und besonders die hochkarätigen Jahresversammlungen, die nach dem Willen des Präsidiums alternierend in Halle und in der Gründerstadt Schweinfurt stattfinden sollten. Letzteres geschah allerdings nur einmal (1957), dann machte der Mauerbau dieser Art von deutsch-deutscher Gemeinsamkeit ein Ende.

Als Beispiel einer Reglementierung der Forschung und Lehre durch die Politik kann der Auftritt Walter Ulbrichts vor der universitären Intelligenz in Halle im April 1958 gelten. Dieses öffentliche Streitgespräch zwischen den höchsten Vertretern von Partei- und Staatsführung und den Professoren der Martin-Luther-Universität fand im Zeichen einer massiven Abwanderung von Fachkräften und Intellektuellen nach dem Westen statt. Für den Ort mag die Präsenz der Leopoldina eine geringere Rolle gespielt haben als das Aufbegehren der Universitätsparteilung gegen ihren Rektor Leo Stern²⁵, der die sozialistischen Normen gegenüber als bürgerlich bezeichneten Professoren nicht konsequent genug durchsetzte. Denn erst nach Ulbrichts Auftritt wurde ein seit 1890 existierender *Spirituskreis* als angeblich staatsfeindliche Konspiration von zwölf Professoren, darunter Leopoldinamitglieder, aus Sicht der Staatsmacht als illegal entlarvt und in einer verordneten Sitzung des Universitätssenates verboten.²⁶

Es ging Ulbricht und Hager um zweierlei. *Erstens* um eine Demonstration der Staatsmacht gegen eine noch immer starke Gruppierung von bürgerlichen Hochschullehrern wegen ihrer antisozialistischen, unzeitgemäßen Ausbildungsmethoden, die auch von der Parteilung der Universität wiederholt gerügt worden waren. Als Sündenböcke wurden einige Professoren mit drastischen Strafen belegt (Absetzung, Berufs- und Publikationsverbot etc.). Hierzu gehörten der Historiker Günter Mühlpfordt²⁷, der Pädagoge Hans H. Becker²⁸, der Theologe Kurt Aland²⁹, der Agrarwissenschaftler Erich Hoffmann³⁰; den beiden letz-

²⁴ Heinz Bethge (1919–2001). Physiker, Leopoldinamitglied seit 1964, Präsident der Leopoldina 1974 bis 1990.

²⁵ Leo Stern (1901–1982). Historiker, Rektor der Universität Halle 1953–1959, Ehrenförderer der Leopoldina 1977.

²⁶ Vgl. hierzu den Aufsatz „Der Fall Aland und die Zerschlagung des ‚Spiritus-Kreises‘ in Halle 1958“ von Friedemann Stengel, in: Stengel, *Theologische Fakultäten*, S. 260–294.

²⁷ Günter Mühlpfordt (geb. 1921). Historiker.

²⁸ Hans Herbert Becker (geb. 1914). Pädagoge.

²⁹ Kurt Aland (1915–1994). Kirchenhistoriker.

³⁰ Erich Hoffmann (1904–1989). Agrarwissenschaftler.

genannten wurden hetzerische Aktivitäten im *Spirituskreis* angelastet. Der Kreis wurde angeklagt, als sogenannte zweite Universitätsleitung die Personalpolitik der *Alma mater halensis* konspirativ zu unterlaufen. Ulbricht forderte auch hier, wie häufig in seinen Ansprachen, die Jugend zu *sozialistischen Persönlichkeiten* zu erziehen.

Zweitens wurde die Aussprache zur weltanschaulich-ökonomischen Auseinandersetzung zwischen einer Politik, die die Wissenschaft als Voraussetzung und zukunftsweisende Kraft zur Produktionssteigerung erkannt hatte, und den die Grundlagenforschung vertretenden Hochschullehrern.

Mothes, als Leopoldina-Präsident zugleich Sprecher der Wissenschaft, antwortete *ad hoc* auf Ulbrichts lange Rede u. a., daß der Fortschritt in der Wissenschaft darin bestehe, Vergangenes in Frage zu stellen. Die moderne Naturwissenschaft stelle „nicht nur das Bild von der Schöpfung in Frage, sondern auch die Thesen von Engels, daß die Welt unendlich sei“. Es werde jedoch „von anderen Leuten in allen Fragen immer alles besser gewußt“. An den Universitäten breite sich „eine Scholastik aus, die jeder wissenschaftlichen Entwicklung abträglich“ sei. Er frage sich oft, ob „heute Männer wie Karl Marx und Friedrich Engels das Wort finden würden“.³¹

Damit wandte sich Mothes vehement gegen den Anspruch, nicht die Politik müsse auf die Wissenschaft hören, sondern die Wissenschaft solle der Politik hörig sein. Die Politik nutze nicht die wissenschaftlichen Erkenntnisse, sie degradiere die Wissenschaft zu ihrer Dienerin.

Auf die wechselhaften Beziehungen zwischen Leopoldina und der örtlichen Universität kann hier nicht näher eingegangen werden. In der Regel waren sie schwierig, besonders zur Amtszeit von Mothes, den die Universitätsleitung als Kopf eines zweiten, illegalen Leitungsgremiums mit Sitz in der Leopoldina fürchtete und dessen Wissenschaftspolitik sie bekämpfte. Schon 1960 berichtete ein Prorektor, daß im Ministerrat eine Vorlage eingebracht werde, die eine direkte Unterstellung der Leopoldina unter den Ministerpräsidenten vorsehe und daß zur Stärkung des Einflusses der Universität ein Kurator eingesetzt werde.³² Bei den Rektorenwahlen 1959 und 1964 war Mothes der Kandidat der medizinischen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und theologischen Fakultäten. 1959 unterlag er, und im Vorfeld für die Wahl 1964 wurden die parteipolitischen Maßnahmen und Intrigen gegen diesen Kandidaten so intensiviert, daß Mothes darauf verzichtete, sich zur Wahl zu stellen.

Gegen die Leopoldina bzw. ihre Präsidiumsmitglieder begann 1958 eine langjährige Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst. Deren aktivste Phase lag in der Zeit vor und nach dem Mauerbau 1961. Es war zugleich ein Versuch, die Leopoldina – genauer, ihr vom MfS als *reaktionäres Hallesches Zentrum* bezeichnetes Präsidium – in ein staatsfeindliches Licht zu stellen, um es reglementieren und letztlich inaktivieren zu können. Zu den

³¹ Zitiert nach: *Freiheit* [Hallesche Tageszeitung] vom 2. Mai 1958.

³² Vgl. BStU, 3604/68 (Berichte hochrangiger Geheimer Mitarbeiter des MfS in Schlüsselpositionen der Universität).

Folgen des Mauerbaus gehörte die zunächst völlige Einschränkung der Reisefreiheit für die DDR-Mitglieder sowie die Aufforderung, alle Kontakte zu westdeutschen Kollegen und Verwandten abubrechen. Unter dem Stichwort der *Störfreimachung* der Wissenschaft und des Gesundheitswesens in der DDR ging die DDR-Führung daran, alle offiziellen und privaten Importe von Medikamenten, Chemikalien oder Geräten faktisch zu verbieten.

Gegen diese Verordnungen protestierten der Dekan der Medizinischen Fakultät der Halleschen Universität, Günter Bruns³³, bei Gesundheitsminister Sefrin (25. November 1961)³⁴ und Kurt Mothes als Leopoldina-Präsident bei Ulbricht (17. November 1961)³⁵. Ulbricht antwortete darauf (7. Dezember 1961)³⁶ mit Anschuldigungen gegen die Westbindung der Ärzte und mit politischen Parolen wie „Das bedeutet jedoch, daß wir uns unabhängig machen von Willkürmaßnahmen gewisser Revanchepolitiker, die in Kreisen des westdeutschen Finanzkapitals den Ton angeben.“ Die Staatsmacht reagierte in konzertierter Aktion mit der Parteipresse in Form von harschen Attacken gegen die angeblichen Anmaßungen der Leopoldina und ihres Präsidenten, worauf dieser mit der Verlagerung der Leopoldina an den Ort ihrer Gründung, also nach Schweinfurt, drohte: „Die jetzigen verschiedenen Maßnahmen gegen die Leopoldina sehen wie eine öffentliche Kampfansage aus, die doch höchstens Anlaß sein könnte, einige westdeutsche Mitglieder zu veranlassen, die Verlegung des Präsidiums in die Bundesrepublik zu verlangen.“³⁷ Danach lenkten Hager und Ulbricht ein, und die Leopoldina blieb in Halle, erhielt in den folgenden Jahren sogar eine Erhöhung ihrer Haushaltsmittel.

Allerdings halfen keine Proteste bei hohen staatlichen Stellen, die Blockade der im Herbst 1961 in Schweinfurt vorbereiteten Jahresversammlung der Leopoldina aufzuheben. Einige Aspekte dieses politikbedingten Konfliktes sollen hier etwas ausführlicher dargestellt werden. Für den Herbst 1961 war in Schweinfurt eine Jahresversammlung der Leopoldina langfristig vorbereitet worden. Das wissenschaftliche Programm stand ebenso wie das von der Stadt Schweinfurt organisierte Rahmenprogramm fest. Die Vergabe von Auszeichnungen war beschlossen. Das Ende der Reisefreizügigkeit durch den Mauerbau bedeutete aber, daß nur ein kleiner Kreis von Leopoldinamitgliedern die Genehmigung bekommen würde, nach Schweinfurt zu fahren. Deshalb sagte das Präsidium der Leopoldina in einem Rundbrief von Mothes die Veranstaltung ab.³⁸

³³ Günter Bruns (geb. 1914). Pathologe, Leopoldinamitglied seit 1960, Sekretar der *Medizinischen Abteilung* der Leopoldina 1963–1976.

³⁴ HAL, NL Mothes, 19/03/01/80-82, Brief Bruns an Sefrin vom 25. November 1961.

³⁵ Mothes bezeichnete darin die Verordnung als grausam und unmenschlich; sie versetze die Ärzte in schwerste seelische Konflikte. „Die arbeitende Bevölkerung der DDR hat Anspruch darauf, daß ihr im Krankheitsfalle genau so geholfen werden kann, wie Menschen anderer Länder.“ Vgl. HAL, NL Mothes, 19/03/01/68, Brief Mothes an Ulbricht vom 17. November 1961.

³⁶ HAL, NL Mothes, 19/03/01/102, Brief Ulbricht an Mothes vom 7. Dezember 1961.

³⁷ HAL, NL Mothes, 19/03/01, Brief Mothes an Hager vom 8. Dezember 1961.

³⁸ BStU, BV Halle, AOP 3557/69, Band VII, Bl. 50 und 51 (Empfangsbestätigungskarte): „Ich habe das Rundschreiben von Ende August erhalten.“ – Der Rundbrief lautet: „An alle Mitglieder der Akademie! Zu unserem großen Bedauern sehen wir uns gezwungen, die für Anfang Oktober in Schweinfurt vorgesehene

Daraufhin wurde Mothes mit dem Vizepräsidenten der Leopoldina, Erwin Reichenbach³⁹, am 30. November 1961 von Alexander Abusch⁴⁰ zu einem Gespräch nach Berlin bestellt.⁴¹

Über das Gespräch gibt es ein Protokoll von Reichenbach, das dem Leopoldina-Präsidium am 29. Dezember 1961 vorgelegt wurde, eine zwölfseitige Mitschrift⁴² des persönlichen Referenten von Abusch, Kurt Reppe, und eine Analyse des Gespräches von Oberleutnant Alfred Trautsch, der in der Bezirksdienststelle Halle des Ministeriums für Staatssicherheit die Überwachung der Leopoldina koordinierte. Aus den Niederschriften von Reichenbach und Trautsch, die die gegensätzlichen Positionen verdeutlichen, sollen hier die wichtigsten Passagen zitiert werden, zunächst die Version von Reichenbach:

„Anwesend waren:

stellvertr. Ministerpräsident Abusch, Staatssekretär Dr. Girnus und der *persönliche Referent* vom Ministerpräsident Abusch, Präsident Prof. Mothes, Vizepräsident Prof. Reichenbach [...].

A. liest den Brief vor und bemerkt noch einmal, daß der Inhalt ihn befremde und daß die Regierung auch von seiten der Leopoldina ein ‚*Mindestmaß an Staatsräson*‘ erwarten müsse. [...]

M., der nebenbei bemerkt, es sei schon mehrmals in den Reihen der Mitglieder der Leopoldina der Gedanke erwogen worden, unter Umständen das Präsidium der Akademie nach Westdeutschland zu verlegen, meint, daß anfangs wenigstens und zum Teil auch heute noch die Reisen von westdeutschen Wissenschaftlern nach der DDR von seiten der dortigen Behörden als eine unerfreuliche Handlung gewertet werden und darauf beziehe sich der Wunsch in dem Schreiben, daß die Maßnahmen unserer Regierung bezüglich des

Jahresversammlung unserer Akademie abzusagen. Es erscheint zur Zeit unmöglich, für die in der Deutschen Demokratischen Republik wohnenden Akademiemitglieder uneingeschränkt die Erlaubnis zur Ausreise und Teilnahme an der Jahresversammlung zu erhalten. Wir haben aber getreu der Geschichte und der Aufgabe unserer Akademie nur die Wahl zwischen einer uneingeschränkten oder keiner Tagung. Das Präsidium hofft, bald einen neuen Termin für eine Tagung in Schweinfurt vorschlagen zu können. Wir danken allen, die uns bei der organisatorischen Vorbereitung der Jahresversammlung und bei der Übernahme von Vorträgen ihre Hilfe gewährt haben. Ganz besonders danken wir auch Oberbürgermeister und Rat der Stadt Schweinfurt. Sobald die Reisemöglichkeit gegeben ist, wird eine Senatssitzung einberufen. Das Präsidium bittet auf Grund eingehender Beratung alle Mitglieder, dafür sorgen zu wollen, daß die Einschränkung der Reisemöglichkeit unserer Mitglieder in der DDR nicht mit ähnlichen Maßnahmen in der Bundesrepublik und in anderen Ländern beantwortet wird. Vielmehr sind wir der Meinung, daß im Interesse des Weiterbestandes einer Gemeinsamkeit deutscher Kultur der Besuch unserer Institute im Zusammenhang mit Vorträgen und Tagungen dringend nötig ist.“

³⁹ Erwin Reichenbach (1897–1973). Stomatologe, Leopoldinamitglied seit 1950, Vizepräsident der Leopoldina 1954–1973.

⁴⁰ Abusch war von Dezember 1958 bis Februar 1961 Minister für Kultur und von 1961 bis 1971 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR.

⁴¹ Vgl. hierzu auch Gerstengarbe, *Leopoldina 1958–1962*.

⁴² SAPMO, Akte NY 4182/2, Bl. 39–51.

Reiseverbotes nicht in gleicher Weise beantwortet werden möchten. Es sei nicht selbstverständlich, daß ohne Gegenseitigkeit ein wissenschaftlicher Austausch und damit Reisen in die DDR gemacht würden. M. sagt, er würde den Brief heute genau so wieder schreiben wie damals. [...]

A. sagte, es sei eine allgemein anerkannte Regelung, daß die Regierungen aller Länder entscheiden, wer ins Ausland führe und wer nicht. Auch die Wissenschaftler der DDR werden wieder ins Ausland fahren dürfen, wenn geregelte Verhältnisse eingetreten sind. Wenn 5 Monate Pause im Reiseverkehr eintraten, so ginge dadurch die Welt nicht unter. Er verlange von den Mitgliedern bzw. vom Präsidium der Leopoldina keine Änderung der Weltanschauung, aber er müsse die Einhaltung der Loyalität fordern. [...]

M. [...] betont jedoch, keine Möglichkeit zu haben, sich durch Presse und Rundfunk allgemein und umfassend zu orientieren; er müsse es sich deshalb auch versagen, alle Entschlüsse der Regierungen der DDR grundsätzlich bedenkenlos richtig zu finden.

A. meint, das verlange auch niemand.

M. weist darauf hin, daß nach seiner Ansicht bei manchen Verordnungen der Regierung gelegentlich der Ereignisse am 13. August die Grenze der Humanität erreicht sei. Der Staat sei für die Menschen da und nicht umgekehrt. [...]

Auf die Äußerung von A., daß die Ärzteflucht auf Menschenhandel beruhe, meint M., er müsse gestehen, daß zum großen Teil andere Momente maßgebend gewesen waren. Es seien von seiten der Regierung große Fehler gemacht worden, Fehler, welche die Ärzte zum Verlassen der DDR getrieben hätten. [...]

A. kommt zum Schluß und sagt, es müsse Ordnung in das Verhältnis zur Leopoldina gebracht werden. Er bietet noch einmal seine Beratung an, wozu er jederzeit bereit sei und auch genügend Zeit aufbringe. Er erklärt, er wolle sich unter keinen Umständen in die wissenschaftlichen Belange der Leopoldina einmischen. Er müsse jedoch 2 Forderungen stellen

1. daß Herr Staatssekretär G i r n u s oder auch er selbst über die Veranstaltungen der Leopoldina informiert werde,
2. daß vor der Absendung von solchen Briefen, wie der geschriebene, eine Konsultation stattfinde. Er meint, es sei schade, daß der Sitz der Akademie der Leopoldina in Halle sei und nicht in Berlin, worauf M. bemerkt ‚Gott sei Dank‘.

M. bittet, das Wort ‚Forderung‘ abzuändern in ‚Wunsch‘, was von A. sofort akzeptiert wird! Er stellt fest, daß der Staatssekretär schon von allen Veranstaltungen und Schreiben orientiert worden sei.

Er äußert seine Dankbarkeit für die Gewährung der Aussprache und für die Förderung der Akademie durch die Regierung. Die Leopoldina sei zwar durchaus in der Lage, die Mitglieder in der Schweiz, in Österreich und in der DBR [sic] um Unterstützung zu bitten. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Zar und auch die Habsburger der Leopoldina viele Jahre Subventionen gegeben hätten. Die Stellung der Leopoldina sei nicht einfach und er wolle alles vermeiden, was zu Mißhelligkeiten führe. Er sei immer auch mit den von der DDR zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln zufrieden gewesen, obwohl sie nicht fürstlich seien. Er hätte aber auch nicht mehr verlangt. Er weist noch einmal darauf

hin, daß selbstverständlich von seiten der Leopoldina eine loyale Einstellung gegenüber der Regierung gewahrt bleibe, wenn auch der Begriff Loyalität nicht so ganz unumstritten sei. A. meint, man solle hinsichtlich eines Gesamtdeutschland sich nicht Illusionen hingeben, so lange nicht ein friedlicher demokratischer Staat entstanden sei. Die Leopoldina könne nicht anders behandelt werden, wie jede andere Akademie auf dem Territorium der DDR. G. sagt, wenn sich die Leopoldina mit politischen Fragen befasse, dann sei dies nur im Sinne der DDR möglich. [...]

M. weist, um irgendwelche Mißverständnisse zu vermeiden noch einmal darauf hin, daß es sich bei der Unterstellung der Leopoldina unter das Staatssekretariat nur um eine verwaltungsmäßige Zuordnung handeln könne. [...] Er betont schließlich noch einmal eindeutig, die Stellung der Leopoldina als ‚freie Akademie‘.⁴³

Oberleutnant Alfred Trautsch hielt zwölf Tage später offensichtlich einen ganz anderen Eindruck von der Aussprache fest. Auch dies sei hier ausführlich wiedergegeben:

„Am ... 1961 wurde Prof. Mothes zu einer Aussprache beim Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Abusch sowie im Beisein des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen, Genossen Dr. Girnus, geladen.

Weiterhin nahm an diesem Gespräch Prof. Reichenbach teil.

Wie durch Gen. Hptm. Nistler, (HA V/6) am 11. 12. 1961 bekannt wurde, versuchte Prof. Mothes frech und anmaßend aufzutreten.

Prof. Reichenbach beteiligte sich nicht an der Aussprache, sondern er war bemüht, alles zu protokollieren.

Die beiden Staatsfunktionäre ließen sich auf keine Diskussionen mit Prof. Mothes ein. Sie teilten ihm sinngemäß mit, *daß die ‚Leopoldina‘ als Akademie dem Ministerrat der DDR untersteht und das [sic] keine eigenmächtigen Schritte durch Professor Mothes ohne vorherige Genehmigung durch die Regierung zu unternehmen sind.*

Nachdem Prof. Mothes einige Male den Ansatz machte, der Unterredung dem [sic] Charakter einer Diskussion (Rede und Gegenrede) zu verleihen, wurde das Gespräch kurzfristig durch die Vertreter der Regierung beendet mit dem Hinweis, *daß alle Maßnahmen der ‚Leopoldina‘ vorher mit der Regierung abzusprechen sind.*

Prof. Mothes hat auf diese Weisung mit ‚Jawohl‘ geantwortet. In diesem Zusammenhang wurde dem Präsidenten der ‚Leopoldina‘ mitgeteilt, daß die Mittel, die der Staat dieser Akademie zur Verfügung stellt, gekürzt worden sind (entweder auf 30 000,- DM oder um 30 000,- DM?).⁴⁴ Es war eine Kürzung um 30.000 DM.

Glücklicherweise blieb das Verhältnis Staat–Leopoldina nicht so spannungsgeladen, wie es unmittelbar nach dem Mauerbau war. Aus den sehr umfangreichen Akten des Staats-

⁴³ HAL, Protokollhefter IV, Protokoll von Reichenbach: Notizen über die Besprechung beim stellvertretenden Ministerpräsidenten Abusch am 30. November 1961 in Berlin im Amtsgebäude des Ministerpräsidenten.

⁴⁴ BStU, BV Halle, AOP 3557/69 Band IX, Bl. 101 (Abteilung V, datiert vom 12. Dezember 1961, Aufzeichnung über die „Aussprache der Professoren Mothes und Reichenbach bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“).

sicherheitsdienstes aus dieser Zeit geht hervor, daß zumindest von den verantwortlichen Mitarbeitern der MfS-Bezirksdienststelle die Leopoldina als „feindlich-negatives halleisches Zentrum“ betrachtet wurde, das ständig beobachtet und überwacht werden mußte, da von ihm eine Gefahr für den Staat ausgehe.⁴⁵

Euphemistisch geglättet liest sich die Einschätzung der Leopoldina in Kurt Hagers 1997 erschienenen Memoiren so: „In Halle hat die Leopoldina ihren Sitz. Sie ist die älteste deutsche Akademie der Naturforscher, zu deren Mitgliedern Gelehrte aus aller Welt gehören. Die Leopoldina nahm unter den Akademien der DDR eine Sonderstellung ein, da sie sich als ein Bindeglied zwischen Ost und West verstand. Ihre Leiter, Prof. Mothes, wie auch sein Nachfolger, Prof. Bethge, verhielten sich loyal zur DDR – bei aller Kritik im einzelnen – wenn sie auch, gemäß der Tradition, die Leopoldina als eine gesamtdeutsche Institution verstanden. Daher gab es immer wieder Stimmen, die sich gegen die Weiterführung dieser Akademie wandten und ihre Verlegung nach Schweinfurt befürworteten. Ein solcher Schritt hätte der DDR Schaden gebracht und wurde von uns [d. h. der Abteilung Wissenschaften] entschieden abgelehnt.“⁴⁶

Auch in den folgenden Jahren standen die Aktivitäten der Leopoldina verstärkt unter dem Zeichen gesamtdeutscher Solidarität und Kooperation zwischen den Wissenschaftlern in Ost und West. Für ideelle und materielle Unterstützungen von westdeutschen Mitgliedern wurden alle möglichen Wege und Kanäle genutzt. Als eine Maßnahme, die begrenzten Informationsmöglichkeiten des akademischen Nachwuchses in den Instituten und Kliniken von Leopoldina-Mitgliedern zu verbessern, hatte die Leopoldina seit 1965 in Absprache mit ihrem westdeutschen Vizepräsidenten H. H. Weber⁴⁷ eine Aktion *Bücherspende*⁴⁸ eingerichtet, um Fachliteratur aus dem kapitalistischen Ausland in begrenztem Maße auf dem Postwege einzuführen. Die Bücher waren als persönliche Geschenke von westdeutschen Mitgliedern oder Stiftungen anzusehen. Es überrascht nicht, daß diese vom MfS als „Versuche zur Einschleusung von Westliteratur durch den Leopoldina-Präsidenten Prof. Mothes“⁴⁹ registriert und in einigen Fällen durch Rücksendung an die Absender gehandelt wurden.

Die Jahresversammlungen boten den westdeutschen und den ostdeutschen Teilnehmern nicht nur eine wichtige Gelegenheit, Gemeinsamkeit zu demonstrieren, sondern sie ermöglichten auch der ostdeutschen akademischen Jugend Begegnungen mit weltbekannten Wissenschaftlern. Die Leopoldina hielt die staatlich gewünschte Quote der Redner Ost zu West = 1 : 1 bei ihren Veranstaltungen niemals ein und ertrug dafür die ministeriellen Reglementierungen.

⁴⁵ Vgl. Abschnitt 3 dieses Aufsatzes.

⁴⁶ Hager, *Erinnerungen*, S. 231.

⁴⁷ Hans Hermann Julius Wilhelm Weber (1896–1974). Physiologe, Leopoldinamitglied seit 1955, Vizepräsident der Leopoldina 1963–1971.

⁴⁸ HAL, Protokollhefter VII. Die Bücherspende wurde im Protokoll der Präsidiumssitzung vom 28. September 1965 erstmalig erwähnt. Vgl. auch Brief von Weber an Mothes vom 16. Juli 1965 in: HAL, MM 4837 Hans Hermann Weber.

⁴⁹ BStU, MfS-ZAIG Nr. 1112, Bl. 1–2.

Persönliche Ressentiments sowie Sonderstellungen, die der Leopoldina oft nur in mündlichen Verhandlungen zugestanden wurden, mögen zu neidvollen Animositäten zwischen der Berliner Akademie und der Halleschen Stiefschwester geführt haben. Das drückte sich z. B. in folgenden nicht öffentlichen Worten eines hochgestellten Berliner Akademiemitgliedes aus: „Die Leopoldina, das ist die Axt an der Wurzel unserer sozialistischen Jugend.“⁵⁰

Die Präsidenten Hartke⁵¹ und Mothes haben mehrfach scharfe polemische Klänge gekreuzt. Im Protokoll⁵² der Präsidiumssitzung vom 2. Juni 1966 ist festgehalten, daß Hartke Mothes vorgeworfen habe, er übe Partisanentätigkeit gegen die DAW aus und untergrabe systematisch deren Autorität, er stütze Havemann⁵³, sei ein verlängerter Kampfarm des Kalten Krieges und benehme sich wie eine Diva. Anders war das Verhältnis der Präsidenten Scheler⁵⁴ und Bethge, die sich zum kollegialen Gespräch zusammensetzten. Die zwischenakademischen Beziehungen in der DDR waren also in hohem Maße auch vom Verhältnis der jeweils tonangebenden Personen abhängig. Das trifft auch auf die regionale Ebene, das Verhältnis der Leopoldina zur Halleschen Universität, zu. In den achtziger Jahren wurden die bislang kühlen Beziehungen zwischen den Verantwortlichen eisig, es gab keine offiziellen Kontakte mehr. Das Leopoldina-Präsidium wußte natürlich, daß der *Brutkasten* für die inoffiziellen MfS-Informanten, die die Leopoldinamitglieder aushorchten und *abschöpfen*, in der Universität stand, daß jede Maßnahme des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen gegen die Leopoldina mit der Universitätsleitung abgesprochen war und daß Hallesche Leopoldinamitglieder in öffentlicher Rede und in der Universitätszeitung diffamiert wurden.

⁵⁰ Persönliche Mitteilung einiger früherer Mitglieder der Berliner Akademie über eine Äußerung von Robert Rompe.

⁵¹ Werner Hartke (1907–1993). Klassischer Philologe und Altertumswissenschaftler, OM 1955, Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften 1958–1968, Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften / Akademie der Wissenschaften der DDR 1968–1979.

⁵² HAL, Protokollhefter VII.

⁵³ Auch in einem Bericht vom 13. Februar 1964 der Abteilung V der Halleschen Dienststelle des MfS wird festgestellt, daß zwischen den staatsfeindlichen Einstellungen von Robert Havemann und Kurt Mothes zur DDR-Politik eine Reihe von Gemeinsamkeiten bestünden, insbesondere im, wie es hieß, „Kampf gegen Dogmatismus“. Tatsächlich hat Mothes nach seiner zunächst sehr kritischen Haltung gegen die Aufnahme von Havemann in die DAW später dessen Vorstellungen gestützt und war einer der schärfsten Verfechter in den Akademiegremien gegen den ungesetzlichen Ausschluß Havemanns aus der DAW 1966. Vgl. hierzu Parthier, „Forscher – Lehrer – Wissenschaftsorganisator“, S. 291.

⁵⁴ Werner Scheler (geb. 1923). Pharmakologe, KM 1971, OM 1973, Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR 1979–1990.

⁵⁵ Carl Friedrich von Weizsäcker (geb. 1912). Physiker, Leopoldinamitglied seit 1959, Adjunkt 1963–1970, Ehrenmitglied 1992. Vgl. u. a. in: BStU, Außenstelle Halle, Abt. XX, Sachakte Nr. 519, Bl. 3.

⁵⁶ Walther Gerlach (1889–1979). Physiker, Leopoldinamitglied seit 1940, Vizepräsident der Leopoldina 1960–1963. Zum Beispiel in: BStU, AOP 3557/69 Band VIII, Bl. 98.

Herausragende westdeutsche Mitglieder wie Carl Friedrich von Weizsäcker⁵⁵, Walther Gerlach⁵⁶, Reimar Lüst⁵⁷, Adolf Butenandt⁵⁸, Heinz Staab⁵⁹ u. a. m. wurden staatlich honoriert, aber auch besonders gut überwacht. Mehr als ein Dutzend inoffizieller Mitarbeiter, meist Universitätskollegen, mischten sich unter die 500 bis 800 Mitglieder und Gäste bei den Jahresversammlungen der Leopoldina. Die Berichte dieser Informanten füllen manchen Band in den Archiven der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Im Kampf der DDR-Regierung um die internationale Anerkennung war jedes Mittel recht, auch die Ausnutzung der Leopoldina als national und international renommierte Wissenschaftsakademie in dieser Weise.

Einige Zugeständnisse mußten die Präsidiumsmitglieder allerdings im Laufe der Jahre doch machen. Ein Beispiel dafür ist, daß in den gedruckten Mitgliederverzeichnissen der Leopoldina die deutschen Mitglieder in solche aus der Bundesrepublik und bald auch aus West-Berlin sowie in solche aus der DDR unterteilt werden mußten.⁶⁰

Ein Engagement der Leopoldina für die Aufnahme der DDR in die *World Health Organization* (WHO)⁶¹ strebte Gesundheitsminister Mecklinger schon seit Anfang des Jahres 1971 an. Schließlich erklärte sich Mothes mit Zustimmung des Präsidiums bereit, einen unterstützenden Brief⁶² zu schreiben. Man hat heute den Eindruck, daß die DDR-Führung bei dieser Gelegenheit froh war, daß es hier eine Akademie gab, die keine staatliche Bindung hatte.

Immer wieder vermochte der Präsident, ob Mothes oder Bethge, einen stärkeren Zugriff von Partei und Regierung auf die Leopoldina zurückzudrängen. Zusammenfassend können drei strategisch-taktische Gesichtspunkte der Akademieleitung hervorgehoben werden:

- Die Leopoldina ist eine gesamtdeutsche Einrichtung, sie könne ihren Sitzort jederzeit in den Westteil Deutschlands verlegen.⁶³
- Alle wichtigen Beschlüsse und Entscheidungen können nur mehrheitlich im Senat – in dem westdeutsche Mitglieder dominierten – getroffen werden.
- Falls der Druck seitens der DDR-Regierung zu groß werde, könne die Leopoldina zur Eigenfinanzierung durch Spenden der Mitglieder und Förderer bzw. durch Mitgliederbeiträge übergehen.⁶⁴

⁵⁷ Reimar Lüst (geb. 1923). Physiker, Leopoldinamitglied seit 1973, Ehrenmitglied 1997. Vgl. u. a. BStU, BV Halle, MfS, HA XX Nr. 2537, Bl. 22.

⁵⁸ BStU, BV Halle, MfS, HA XX, Sachakte Nr. 735, Bl. 192.

⁵⁹ Heinz A. Staab (geb. 1926). Chemiker, Leopoldinamitglied seit 1974, Obmann für Organische Chemie 1978–1991. Vgl. BStU, BV Halle, MfS, HA XX, Sachakte Nr. 735, Bl. 268.

⁶⁰ Dies wurde in einem Gespräch zwischen Abusch, Gießmann und Mothes am 25. Juli 1962 besprochen. HAL, 19/03/01/115–118.

⁶¹ Die DDR wurde am 8. Mai 1973 in die Weltgesundheitsorganisation aufgenommen.

⁶² HAL, Protokollhefter X. Protokoll und Anlage zum Protokoll der Präsidiumssitzung vom 7. April 1972.

⁶³ Dieses Argument wurde allerdings in den späteren Jahren nicht mehr benutzt, da auch das Hallesche Präsidium kein Interesse daran hatte, daß die Leopoldina in den Westteil Deutschlands verlagert würde.

⁶⁴ So wurde es in der Senatssitzung am 9. Mai 1959 besprochen (HAL, Protokollhefter III).



Festsitzung zum Leibniztag 1968, v. l. n. r.: Kurt Mothes, Präsident der Leopoldina, Peter Adolf Thiessen, Ehrenvorsitzender des Forschungsrates der DDR, und Kurt Schwabe, Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

3. Konspirativ-operative Begleitmusik

Trotz vielfacher Versuche zu ideologischer Vereinnahmung und Reglementierung fanden die SED-Strategen und ihre Staatssicherheitszentralen in Halle und in Berlin keine wirkungsvollen Ansätze, um die gesamtdeutsch-internationale Struktur und die singuläre politische Unabhängigkeit der Leopoldina zu verändern. Das galt auch für die im Vergleich mit anderen Wissenschaftsinstitutionen in der DDR aufmüpfigen Aktivitäten der Leopoldina. Als letztes Mittel blieb dem MfS nur die fast lückenlose Überwachung der Leopoldina mit regelmäßigen Berichterstattungen und Maßnahmeplänen, die sowohl der Institution als auch ihre Mitarbeiter und Mitglieder betrafen. Zu den Maßnahmen gehörten die Installation von Abhörtechnik in den Räumen (die sogenannte Maßnahme B), die Ablichtungen aller aus- und eingehenden Postsendungen durch die Abteilung M des MfS, besonders jedoch die unterschiedlichsten technisch-operativen Maßnahmen zur Personenüberwachung etwa durch die Einschleusung von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM). Die Mitglieder des Leopoldina-Präsidiums und Präsident Mothes im besonderen sowie weitere Mitglieder aus den medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten der Halleschen Universität gehörten zu den bevorzugten Opfern der Personenüberwachung. Das Vorgehen

der MfS-Bezirksstelle im Rahmen des bereits erwähnten *Operativen Vorgangs Komet* gegen die Hallesche *bürgerliche* Intelligenz (das sogenannte *Hallesche Zentrum*) aktivierte eine große Zahl von Inoffiziellen Mitarbeitern, vor allem Universitätsangehörige, was durch die von der SED-Bezirksleitung vermutete Absicht des *Zentrums*, die SED-kontrollierte Universitätsleitung zu stürzen und selbst den Rektor zu stellen, genährt wurde. Der Ton der Berichte der MfS-Mitarbeiter war aggressiv, wie aus den umfangreichen Akten des *Operativen Vorgangs Komet* hervorgeht: „1958 wurde wegen Verdacht der Feindseligkeit nach den §§ 13 STEG⁶⁵ (Staatsverrat) 19 (Staatsgefährdende Propaganda und Hetze) § 20 STEG (Staatsverleumdung) und § 23 STEG (Schädlingstätigkeit und Sabotage) die operative Bearbeitung folgender Personen aufgenommen.“⁶⁶ Es folgen die Namen von zwölf Professoren mit Kurt Mothes an der Spitze, durchweg Leopoldinamitglieder.

Im Anlegungsbeschluss des *Operativvorgangs*⁶⁷ wurden folgende Begründungen angegeben: „Mothes und andere bilden ein reaktionäres Zentrum an der Universität Halle, das sich aus Mitgliedern der Leopoldina zusammensetzt. Sie werden beschuldigt, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Politik der Regierung bei der Schaffung der sozialistischen Hochschule Widerstand zu leisten. Weiterhin propagieren sie offen die bürgerliche Ideologie und sind in diesem Sinne wirksam. [...] Es gibt keine Maßnahmen, Beschlüsse, Entwicklungen in der DDR zu Hochschul- und Wissenschaftspolitik, gegen die die Mitglieder der Leopoldina und insbesondere das Hallesche Zentrum nicht polemisiert, Widerstand entgegengesetzt hätten, ihre Durchsetzung zu verhindern suchten und eine Veränderung angestrebt hätten. Ein Wesensmerkmal ihrer Ideologie zeigt sich in der Vertretung der Theorie der sogenannten gesamtdeutschen Wissenschaft und des Primats der westdeutschen Wissenschaft und Forschung.“⁶⁸

Man erfährt hier ferner, daß die Perspektive der weiteren Arbeit darin bestehen müsse, die Leopoldina zu einem wirksamen Instrument der DDR zu machen. Ein politisch positiver Kurs der Leopoldina würde bei der Vielzahl ihrer Verbindungen auch eine Stärkung des internationalen Ansehens der DDR mit sich bringen und wird „unserer Republik einen großen wissenschaftlich-technischen Gewinn schaffen“.⁶⁹

Auch nach der Archivierung des *Operativen Vorganges Komet* (4. September 1969)⁷⁰ wurde die Überwachung der Leopoldina und von Kurt Mothes durch das MfS fortgesetzt, wie die Einschätzung der Abt. XX/3 vom 23. März 1973 zeigt.⁷¹ Zur Amtsübergabe von

⁶⁵ Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) der DDR.

⁶⁶ BStU, OV Komet, Band XVIII, Bl. 120.

⁶⁷ BStU, OV Komet, Band I, Bl. 167–168.

⁶⁸ Vgl. auch Parthier, „Klammerfunktion“, S. 420.

⁶⁹ BStU, OV Komet, Band VI, Bl. 136.

⁷⁰ BStU, OV Komet, Band XVIII, Bl. 154–155.

⁷¹ BStU, BV Halle, MfS, HA XX, ZMA 3599, Bl. 42: „Prof. M. wurde 1958 wegen Verdacht der Feindseligkeit gem. staatsgefährdende Propaganda und Hetze im OV ‚Komet‘, [...] op. bearbeitet. Auf Grund der pol. Situation wurde die Einleitung eines EV [...] nicht durchgeführt und der OV eingestellt. Durch weitere Aktivitäten der Tätigkeit der ‚Leopoldina‘ insbesondere des inneren politisch-ideologischen negativen

Mothes an Bethge 1974 legte der Erste Sekretär der Bezirksleitung der SED Halle, Werner Felfe, Erich Honecker eine umfangreiche Analyse⁷² über die Leopoldina vor, in der es u. a. heißt, daß die inhaltlichen Schwerpunkte, Organisation und Tätigkeit der Akademie objektiv historisch überholt seien. Da die Leopoldina aber über eine mehr als 300jährige Tradition verfüge und international „einen bestimmten Ruf“ besitze, seien Überlegungen zu ihrer weiteren Arbeit notwendig. Welche Überlegungen damit gemeint waren, geht aus einem Aktenvermerk über eine interne Absprache in der MfS-Abteilung XX hervor, die mit IM *Manfred*, dem *Sektorenleiter kapitalistisches Ausland* des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen und routinemäßigen Gesprächspartner Bethges, im Vorfeld der Leopoldina-Jahresversammlung 1985 stattfand: „Durch den Gen. Matter wurde die Erhöhung der politischen Bedeutung der Leopoldina im Rahmen der Wissenschaftsentwicklung, der Rolle der Wissenschaftler in der derzeitigen Klassenauseinandersetzung, in der entscheidenden Frage Krieg oder Frieden verdeutlicht. Daraus resultierend soll der Dialog mit der Leopoldina, speziell mit dem Präsidenten Prof. Dr. Bethge, zur verstärkten Einflußnahme auf die politische Ausstrahlung und Stellung der Leopoldina durchgeführt werden bzw. bei grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten der Leopoldina die Grenzen gezeigt werden.“⁷³

Für jede einzelne der Jahresversammlungen wurden Maßnahmepläne erstellt, in denen unter vielen anderen Hinweisen immer wieder diese Frage auftaucht: „Welche BRD-Wissenschaftler bzw. des NSW-Gebietes können gezielt abgeschöpft werden (Geheimnisträger bestimmter Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Konzernen der BRD)?“⁷⁴

Einflusses durch den Präsidenten Prof. Mothes macht sich eine zielgerichtete politisch-operative Kontrolle des M. weiterhin notwendig. [...] Prof. M. wird durch IM-System unter ständiger op. Kontrolle gehalten.“

⁷² SAPMO, Büro Hager, DY 30/IV B2/2.024/55.

⁷³ BStU, BV Halle, MfS, HA XX, Sachakte Nr. 735, Bl. 287.

⁷⁴ Die politisch-operative Zielstellung im Maßnahmeplan des MfS für die Jahresversammlung 1985 lautete beispielsweise: „Absicherung der Jahresversammlung:

Politisch-operative Zielstellung

Absicherung der Jahresversammlung im Rahmen einer zielgerichteten vorbeugenden operativen Arbeit zur Aufklärung von Hinweisen der Verstärkung deutsch-deutscher Kontakte und zielgerichtete aufgenommener Verbindungen von NSW-Personen zu Teilnehmern der Jahresversammlung sowie vorbeugende Verhinderung der Nutzung der Jahresversammlung als Plattform für politisch negative Äußerungen und provokativ demonstrative Handlungen.

Maßnahmen

1. Zur Durchsetzung wirkungsvoller politisch-operativer Aufgaben und Maßnahmekomplexe, die eine rechtzeitige Aufklärung, Aufdeckung und vorbeugende Verhinderung gegnerischer Aktivitäten im Rahmen dieser Veranstaltung garantieren, wird eine zeitweilige operative Arbeitsgruppe für den Zeitraum vom 30. 3.–2. 4. 1985 in der Stärke 1 : 4 gebildet. [...]

2. Die politisch-operativen Aufgaben und Maßnahmekomplexe sind schwerpunktbezogen durch den zielgerichteten Einsatz von IM sowie offizieller Schlüsselpositionen der MLU zu gewährleisten.

– Aufklärung und vorbeugende Verhinderung jeglicher Aktivitäten des Gegners zur Störung bzw. Beeinflussung der Jahresversammlung sowie Erkennen von Hinweisen auf ‚deutsch-deutsche‘ Kontakte auf gemeinsamer ideologischer Basis



Festsitzung zum Leibniztag 1978, v. l. n. r.: Heinz Bethge und Peter Adolf Thiessen

Die Mitarbeiter des MfS versuchten in den siebziger und achtziger Jahren zu erfahren, was die westdeutschen Teilnehmer der Jahresversammlungen innerhalb und außerhalb des offiziellen Programms taten. Besonders interessiert waren sie an den Vorträgen von Carl Friedrich von Weizsäcker, Bernhard Hassenstein⁷⁵ und anderen Wissenschaftlern im Rahmen der Kirche. Als ab 1977 Repräsentanten der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR und später auch Botschafter aus verschiedenen westlichen Län-

- Rechtzeitiges Erkennen, vorbeugende Verhinderung und Dokumentierung eines Wirksamwerdens politisch-negativer Kräfte potentieller Träger und Verbreiter der feindlichen Kontaktpolitik und -tätigkeit
- vorbeugende Verhinderung von provokativen und demonstrativen Handlungen
- Einleitung von Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes innerhalb operativ-relevanter Forschungsbereiche sowie spionagegefährdeter Objekte und Personen
- Realisierung operativ notwendigen Informationsbedarfs zu den einzelnen wiss. Veranstaltungen der Jahresveranstaltungen.“ (BStU, BV Halle, MfS, HA XX, Sachakten Nr. 735)

⁷⁵ Bernhard Hassenstein (geb. 1922). Zoologe, Ethologe, Leopoldinamitglied seit 1965, Obmann 1979–1990.

dern an den Jahresversammlungen teilnahmen, wurden diese natürlich besonders überwacht. Inzwischen war die Leopoldina bei der Bezirksverwaltung Halle des MfS wieder zur Chefsache geworden. Generalmajor Schmidt, Leiter der Halleschen Bezirksverwaltung, schickte 1981 eine Analyse über die „Rolle und Bedeutung der Deutschen Akademie der Naturforscher ‚Leopoldina‘“ an seine Zentralstelle in Berlin. Darin ist zu lesen: „Im Gegensatz zu der von Prof. Mothes verfolgten Linie der Überbetonung von weltanschaulich-naturwissenschaftlichen Grundfragen konnte nach dem Amtsantritt von Prof. Bethge eine materialistische Grundeinstellung zu den vorgetragenen wissenschaftlichen Problemen festgestellt werden.“⁷⁶ Ähnlich heißt es in der Abschlusseinschätzung der Jahresversammlung 1975 durch das MfS. Man hielt unter anderem fest, „daß diese auf sehr hohem wissenschaftlichem Niveau stehenden Veranstaltungen einen größeren Nutzeffekt hinsichtlich der Informationsgewinnung und Abschöpfung von Forschungsergebnissen für die DDR-Wissenschaftler bringt. Eingesetzte IM konnten keine gezielten Abschöpfungen durch NSW-Wissenschaftler feststellen. [...] Durch zielgerichtete Einflußnahme des MHF [...] konnte erreicht werden, daß der Einfluß reaktionärer Kräfte zurückgedrängt und das sogenannte ‚Schaupublikum‘ von der Tagung ferngehalten wurde.“⁷⁷

Trotz dieser positiven Entwicklung schätzte das MfS aber ein, daß von Professor Bethge bisher keinerlei Aktivitäten ausgingen, politisch-positive Wissenschaftler als Mitglieder der Leopoldina – unter Einhaltung der im Statut verankerten Wahlordnung – aufzunehmen.⁷⁸ An anderer Stelle wird moniert: „In seiner Eröffnungsrede ließ Bethge keine Bezogenheit zur sozialistischen Gesellschaft erkennen, sondern vertrat Thesen bürgerlicher Philosophen (Unsicherheit und Pessimismus bzgl. zukünftiger Entwicklungen). [...] Bethge wendet die Ergebnisse und Auswüchse kapitalistischen Profitstrebens [...] voll auf die DDR an, [...] negiert die progressive Rolle der Jugend der DDR und bezeichnet den marxistisch-leninistischen Standpunkt zur Perspektive des Sozialismus nur als edle Aussicht, die nicht mit den wissenschaftlich erkennbaren Realitäten übereinstimmt [...] Bethge bekannte sich voll zu den schon von Prof. Mothes vertretenen Prinzipien der Leopoldina.“⁷⁹

Damit habe er, so die Schlußfolgerung des MfS, „umfangreiche Vorbehalte gegen seine Person“ seitens der Leopoldinamitglieder aus der BRD beseitigt.

Die Versuche des MfS, potentielle Informanten in die Leopoldina oder gar in das Präsidium zu schleusen, setzten sich bis zur Auflösung dieser Behörde fort. Noch am 16. November 1989 gibt es von der Abt. XX/8 eine knappe Lageeinschätzung mit folgender Schlußfolgerung: „Seitens MHF (Schlupo HA XX/8) ist geplant, der Leo mit Wechsel des Präsidenten 1990 ein neues Profil zu geben (stärkerer Einfluß des Staates / MHF ?) Leopoldina soll mehr und stärker internationalisiert werden, um auch somit deren gesamtdeut-

⁷⁶ BStU, BV Halle, MfS, HA XX, Sachakte Nr. 519.

⁷⁷ BStU, BV Halle, MfS, HA XX, ZMA 1673.

⁷⁸ BStU, BV Halle, MfS, HA XX, Sachakte Nr. 519.

⁷⁹ BStU, BV Halle, MfS, HA XX, Nr. 1673, ZMA, Bl. 2.

schen Charakter abzuschwächen [abzuschneiden?] und die Leo nicht zum Herd des Wiedervereinigungsgeschwätzes der beiden deutschen Staaten werden zu lassen.⁸⁰

4. Die Leopoldina im letzten DDR-Jahrzehnt

Wie ernsthaft die Versuche der Staatspartei und der DDR-Regierung gewesen sind, die Leopoldina zu isolieren und danach in eine DDR-typische Einrichtung zu überführen oder sie beispielsweise der Berliner Akademie anzugliedern wie die Sächsische Akademie der Wissenschaften, ist nicht einfach zu beurteilen. Solche Vermutungen finden sich in den Sitzungsprotokollen des Präsidiums. Dazu kamen Vorwürfe des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesens wegen der Weigerung der Leopoldina, ein Statut zu verabschieden, in dem sozialistische Aufgabenstellungen und die klare Trennung zwischen Mitgliedern aus der BRD und aus der DDR offenkundig werden sollten.⁸¹

Maßnahmepläne, die in den MfS-Akten nachzulesen sind, zielten eindeutig darauf ab, mit allen Mitteln ein deutsch-deutsches Auseinanderdriften zu fördern und die Leopoldina in die sozialistische Wissenschaftslandschaft der DDR zu inkorporieren, was zu einer formalen Abtrennung der Mitglieder aus der Bundesrepublik geführt hätte sowie darauf, den Stamm der DDR-Mitglieder mit SED-Genossen zu verstärken, um damit perspektivisch das Präsidium für loyale, staatsverbundene Mitglieder zu öffnen.

Vom Amtswechsel Mothes zu Bethge (1974) hatte sich die DDR-Führung wohl versprochen, mit dem neuen Mann an der Spitze ein leichteres Spiel als mit seinem Vorgänger zu haben. Das war eine Täuschung. Heinz Bethge wußte, daß er von Beginn an bei aller

⁸⁰ BStA, BV Halle, MfS, HA XX, Sachakte Nr. 736 (Major Juneck, handschriftlich).

⁸¹ Das Thema Leopoldina-Statut wurde in vielen Senatssitzungen erörtert. Es wurden Fassungen erarbeitet, die man als Arbeitssatzung bezeichnen kann. In diesen Entwürfen wurden konkrete Punkte festgelegt, um sich gegen die Einflußnahme des Staates in die inneren Angelegenheiten der Leopoldina abzusichern. Es ging aber auch darum, eine Arbeitsgrundlage zu schaffen, nach der sich das Präsidium richtete und auf die es sich berufen konnte. In der Fassung von 1967 war ein Stein des Anstoßes bei den staatlichen Stellen: „§ 43: Im Falle der Auflösung der Akademie fallen ihr bewegliches und unbewegliches Eigentum wie auch die Herausgaberechte der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte oder einer von der Vollversammlung zu benennenden anderen deutschsprachigen Akademie zu.“ (HAL, Protokollhefter VIII, Senatssitzung am 19. Oktober 1967.) – Daran hatte der Staat verständlicherweise kein Interesse, da er die *Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte* als eine westdeutsche Gesellschaft betrachtete und im Laufe der Jahre die in der DDR lebenden Mitglieder zu einem Austritt aus der Gesellschaft drängte. – Die einzelnen Satzungsentwürfe waren keine Geheimpapiere, sondern sie lagen den Vertretern des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesens vor und wurden mit ihnen diskutiert. Die Verantwortlichen in Berlin hatten regelmäßig Änderungswünsche, da diese aber nicht zur Zufriedenheit berücksichtigt wurden, kam es tatsächlich bis zum Ende der DDR-Zeit nicht zu einem staatlich anerkannten Statut. Ein wichtiger Aspekt, um politisch unabhängig zu bleiben, war, daß der Senat der Leopoldina jede Statutenänderung bestätigen mußte. – Eine interessante Parallele zur Zeit des Nationalsozialismus in bezug auf die neu formulierten Satzungen ist, daß in beiden Diktaturen die Satzungen der Leopoldina von ideologischen Inhalten und Formulierungen frei sind.

Konzilianz im Ton in der Sache fest bleiben mußte, obwohl seine hochrangigen Konsultationen in Abhängigkeit von der politischen Großwetterlage wechselhaft verliefen. Die Unabhängigkeit der Leopoldina zu bewahren, so erinnert er sich, „war ein ständiger Drahtseilakt zwischen Konfrontation und Kompromiß“.⁸² Einschüchterungsversuche des Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen auf den Eröffnungsveranstaltungen zu den Jahresversammlungen der Leopoldina gehörten zur Strategie und Taktik der DDR, ihre Vorstöße im diplomatisch-politischen Bereich auf die Ebene der Wissenschaft zu übertragen, sofern sich unter den Zuhörern westdeutsche Kollegen befanden. Erinnert sei an die offiziellen Reden zu den Jahresversammlungen 1983 bzw. 1985, als der Minister bzw. sein Stellvertreter die Bundesregierung des Revanchismus bezichtigte und ihr anlastete, daß sie nichts täte, um die Stationierung von Mittelstreckenraketen der USA auf deutschem Territorium zu verhindern und deshalb mit dem Feuer eines Krieges gegen die friedliebende DDR spiele. Damit provozierten sie den Auszug einer Reihe von Leopoldinamitgliedern der Bundesrepublik aus dem Saal. Die meisten westdeutschen und alle ostdeutschen Mitglieder wußten, daß man als Wissenschaftler politische Parolen nur mit wissenschaftlichen Argumenten entschärfen konnte – und dieses tat Heinz Bethge.⁸³ Mit pragmatischem Geschick erreichte er, daß die Leopoldina-Politik der Regierung trotz heikler Situationen doch berechenbar blieb.

Allerdings war mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker im Zentrum der SED-Macht und mit dem Übergang der Regierung Brandt zu einer neuen Ostpolitik weltpolitisch eine neue Phase eingetreten. Der Erfolg der weitgehenden internationalen Anerkennung der DDR (KSZE) und schließlich die Ergebnisse des Honecker-Besuches 1987 in Bonn hatten auch Einfluß auf die Wissenschaftspolitik der DDR. Die Leopoldina wurde jetzt als politisches Feigenblatt für die sonst überall unverhüllte Macht der Partei in der Wissenschaft gebraucht. Außerdem erwies sich die Internationalität der Leopoldinamitglieder als nützlich für die Auftritte der DDR-Wissenschaft auf diplomatischem Parkett, und sei es noch so klein wie das der Essener Villa Hügel. Krupp-Aufsichtsratsvorsitzender Berthold Beitz, der auch Vorsitzender des Kuratoriums der *Krupp-Stiftung* war, wurde 1987 Ehrenförderer der Leopoldina; Fördergelder der *Krupp-Stiftung*, die vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen als Devisen-Import bewertet wurden, dienten bereits 1985 als Starthilfe für den Bau eines neuen Leopoldina-Gebäudes. 1984 erhielt Präsident Bethge die Anfrage, ob die Leopoldina gemeinsam mit der Max-Planck-Gesellschaft bei der Gründung des *Förderpreises für die Europäische Wissenschaft* – einer Stiftung des Hamburger Großindustriellen Kurt A. Körber, die der Zusammenarbeit zwischen europäischen Wissenschaftlern dienen sollte – mitwirken wolle. Das war eine schwierige Entscheidung, die nur nach Billigung durch höchste DDR-Stellen getroffen werden konnte. Bethges schriftliche Anfragen an Minister Böhme und an das zuständige Politbüromitglied Hager wurden

⁸² In: *Die Zeit* vom 15. Juni 1990, S. 76.

⁸³ Vgl. Bethges Bericht anläßlich der Jahresversammlung der Leopoldina 1983 (Bethge, „Bericht des Präsidenten“).

von letzterem eindeutig abschlägig beschieden.⁸⁴ An weiteren Kontakten war die Regierung allerdings interessiert, und so konnte der Stifter den Leopoldina-Präsidenten schließlich als ständiges Mitglied in das Förderpreis-Kuratorium berufen.

Die Leopoldina wurde zunehmend und vorsichtig als ein Versuchsfeld in den Prozeß der deutsch-deutschen Annäherungen (Grundlagenvertrag, Vertrag über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit) einbezogen, z. B. durch die *Volkswagen-Stiftung*. Nach dem unerwarteten Zusammenbruch des DDR-Regimes im Herbst 1989 bat die Deutschen Forschungsgemeinschaft um Ratschläge zum sogenannten *Huckepack-Verfahren*.⁸⁵ Seitens der Max-Planck-Gesellschaft kam das Angebot, durch einen personengebundenen Wissenschaftsaustausch förderungswürdige Kooperationen zwischen den beiden deutschen Staaten zu knüpfen. Die Leopoldina galt offenbar als verlässlicher Ratgeber und Vermittler. Der Vertrag zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene führte im März 1990 zu einem gemeinsamen Beratungsbesuch von Bundesforschungsministers Riesenhuber und der Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft beim engeren Leopoldina-Präsidium in Halle. Allerdings zeigte sich im Laufe der folgenden Zeit, daß etliche Leopoldina-Ratschläge nicht befolgt worden sind.

Das waren die Anfänge einer Zeit, in der sich bereits eine neue Rolle der Leopoldina in der deutschen Wissenschaftslandschaft abzuzeichnen begann. Die Akademie wurde nun für ihre unerschrockene und unabhängige Haltung in den 40 Jahren DDR belohnt, in der sie aufgrund ihrer spezifischen Struktur und Mitgliederschaft, die ihr zugewachsene Aufgabe wahrnehmen konnte: auf dem Feld der Bildung, Wissenschaft und Forschung Klammer zu sein für die durch Mauer und Stacheldraht geteilte Nation.⁸⁶

Während der DDR-Zeit hatte sich die Taktik des *gezügelten Widerstands* (den kleinen Finger reichen, um die ganze Hand verweigern zu können) als richtig herausgestellt. Doch nach der Wiedervereinigung steht die Leopoldina vor einer neuen Epoche ihrer Geschichte mit neuen Aufgaben und Herausforderungen.

⁸⁴ Zu einer Reihe von politischen Vorschlägen stellt Hager in einem Brief vom 2. August 1984 seinen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt heraus: „Eine gemeinsame Beteiligung der Max-Planck-Gesellschaft und der Leopoldina an dem Kuratorium der Körber-Stiftung halte ich nicht für zweckmäßig. Dies würde auf jeden Fall gerade in der gegenwärtigen komplizierten Situation zu politischen Fehldeutungen Anlaß geben. Wie Herr Minister Böhme Ihnen bereits sagte, wird gegenwärtig zwischen der DDR und der BRD über den Abschluß eines Kulturabkommens verhandelt. Dieses Abkommen wird keine gemeinsamen, d. h. ‚gesamtdeutschen‘ Maßnahmen vorsehen. Es geht vielmehr von der Souveränität und Eigenständigkeit jedes Vertragspartners aus und wird – wenn es zustande kommt – nur den Austausch kultureller Leistungen festlegen. Dies allein wird die Art und Weise der Beziehungen charakterisieren. Außerdem könnte eine gemeinsame Beteiligung der Max-Planck-Gesellschaft und der Leopoldina an dem Kuratorium von bestimmten Kreisen der Bundesrepublik auch als Präzedenzfall für weitere derartige Vorhaben gewertet werden. Daran besteht seitens der DDR keinerlei Interesse.“ (BStA, BV Halle, MfS, HA XX, Sachakte Nr. 2537.)

⁸⁵ Die DFG bezeichnete hiermit eine gemeinsame westdeutsch-ostdeutsche Projektförderung, wobei der stärkere (westdeutsche) Partner dem schwächeren als Stütze diene.

⁸⁶ Vgl. Parthier, „Klammerfunktion“.

Abschließend stellt sich die Frage, ob die Leopoldina eine Anomalie oder eine Singularität im sozialistischen Wissenschaftsgetriebe der DDR gewesen ist. Wir meinen, Deutschlands älteste Akademie war bewußt gestaltet beides, und wahrscheinlich teilen die Leser dieser Abhandlung diese Auffassung. *Singularitäten* bzw. *Anomalien* hießen denn auch – nicht ohne Hintersinn – die Rahmenthemen der Jahresversammlungen von 1985 bzw. 1989.

Literatur

- Bethge, Heinz: „Bericht des Präsidenten der Akademie“. Jahresversammlung 1983, in: *Nova Acta Leopoldina* 60 (1989), S. 15–33.
- Gerstengarbe, Sybille: „Plötzlich musste ich Geschäfte übernehmen“. Otto Schlüters Ringen um den Erhalt der Leopoldina nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands“, in: *Jahrbuch der Leopoldina* 1995, R. 3, 41 (1996), S. 439–476.
- Gerstengarbe, Sybille/Heidrun Hallmann/Wieland Berg: „Die Leopoldina im Dritten Reich“, in: Christoph J. Scriba (Hrsg.), Leopoldina-Kolloquium: *Die Elite der Nation im Dritten Reich*. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus, in: *Acta Historica Leopoldina* 22, Leipzig 1995, S. 167–212.
- Gerstengarbe, Sybille: *Die Leopoldina in den konfliktreichen Jahren 1958–1962*, in: *Acta Historica Leopoldina* 36, Leipzig 2001, S. 63–100.
- Hager, Kurt: *Erinnerungen*, Leipzig 1996.
- Macrakis, Kristie: „Einheit der Wissenschaft versus deutsche Teilung: Die Leopoldina und das Machtdreieck in Ostdeutschland“, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997, S. 147–169.
- Mothes, Kurt: „Zum Geleit“, in: *Jahrbuch der Leopoldina*, R. 3, 1 (1955), S. 3–7.
- Mothes, Kurt: „Rede anlässlich der Jahresversammlung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina am 10. Mai 1959“, in: *Nova Acta Leopoldina* 21, Nr. 143 (1959), S. 7–28.
- Mothes, Kurt: „Über die Lage der Wissenschaft und die Arbeit der ‚Leopoldina‘“, in: *Nova Acta Leopoldina* 17, Nr. 122 (1955), S. 424–428.
- Parthier, Benno: „Forscher – Lehrer – Wissenschaftsorganisator. Zum 90. Geburtstag von Kurt Mothes (1900–1983)“, in: *Wissenschaft und Fortschritt* 40 (1990), S. 288–291.
- Parthier, Benno: *Die Leopoldina*. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie, Halle 1994.
- Parthier, Benno: „Die Leopoldina und ihre 40jährige Klammerfunktion in der deutsch-deutschen Wissenschaftslandschaft“, in: *Jahrbuch der Leopoldina* 1995, R. 3, 41, (1996), S. 415–424.
- Seidler, Eduard: „Die akademische Elite und der neue Staat“, in: Christoph J. Scriba (Hrsg.), Leopoldina-Kolloquium: *Die Elite der Nation im Dritten Reich*. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus, in: *Acta Historica Leopoldina* 22, Leipzig 1995, S. 15–30.
- Stengel, Friedemann: *Die theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71*, Leipzig 1998.